

macht, weiter ihren Alltag meistert, weiter ihre bezahlte oder unbezahlte Arbeit leistet. Ihre Äquivalenz rekurriert auf die von ihnen geteilte Erfahrung der Verletzlichkeit und der Armut – oder, psychoanalytisch: des Mangels. Es ist eine Verletzlichkeit, die wohlge-merkt nicht naturgegeben ist, sondern für welche die antagonistische Seite in Haftung genommen wird. Gegenüber der korrupten Elite erscheinen auf diese Weise die normalen Menschen als Sinnbild einer Tugendhaftigkeit, die sich Podemos zu eigen machen möchte, um dieses Volk zu repräsentieren und in seinem Namen zu regieren. Dass Iglesias am Ende seines einminütigen Appells das Motto *Sí se puede!* zitiert und sich dabei mit der Faust auf die linke Brust klopft, legt dar, dass dieser Repräsentations- und Regierungsanspruch »des Volkes« nicht als soziale Tatsache besteht, sondern als politische Gegebenheit entstehen *kann*. Podemos ist, Iglesias verbirgt es nicht, ein politisches Projekt, dessen ganzer Impetus sich darauf richtet, mit dem derzeit herrschenden Segment der spanischen Bevölkerung zu brechen, um die beherrschten Bevölkerungsgruppen zu ermächtigen.

4 Spanischer Linkspopulismus, eine Gesamtschau

Am 20. Dezember 2015 zieht Podemos in das spanische Parlament ein. Mit 20,7 Prozent und 69 von 350 Abgeordneten lässt die Kraft rund um Pablo Iglesias ihren außerparlamentarischen Status hinter sich und wird nach den Konservativen (28,7 Prozent, 123 Sitze) und Sozialisten (22 Prozent, 90 Sitze) zur drittgrößten Fraktion im *Congreso de los Diputados*.⁵⁸ Aus dem Stand überzeugt sie mehr als fünf Millionen Wähler, in Katalonien und dem Baskenland wird sie die stärkste, in Madrid, Navarra oder auf den Balearen die zweitstärkste Kraft. Es ist ein überragendes Ergebnis. »Heute ist ein neues Spanien geboren«, behauptet Iglesias nicht ohne Stolz nach der Wahl. Doch so zufrieden die Statements der Podemos-Politiker wirken, es schwingt auch Enttäuschung mit. »Den Himmel nimmt man sich im Sturm, nicht im Konsens«, dieses kämpferische Mantra der neuen Partei markierte zwei Jahre lang, seit ihrer Gründung im Januar 2014, ihre Ambitionen auf eine blitzartige Regierungsübernahme. Podemos setzte darauf, gegenüber den konservativen Parteien eine linksgerichtete Koalition *anzuführen*, die der Austeritätspolitik ein Ende setzt und tiefgreifende Verfassungsreformen angeht. Und wenn dies misslingen sollte, so wollten Iglesias, Errejón und Co. zumindest die größte Oppositionskraft sein, um die Alternative zum Ist-Zustand zu verkörpern. Beides tritt am 20. Dezember 2015 nicht ein. Die Konservativen haben gesiegt, die Sozialisten sind (knapp) vor Podemos platziert.

Trotz allem hat Podemos binnen zweier Jahre eine beeindruckende politische Präsenz erreicht. Ende 2015 ist die Partei nicht nur in allen Regionalparlamenten vertreten, sie beteiligt sich auch an neuen linken Wählerplattformen, die seit Juni 2015 in Spaniens Metropolen, von Madrid und Barcelona über Zaragoza und Valencia bis hin zu A Coruña und Cádiz, regieren. Das gegenhegemoniale Projekt, das Anfang 2014 noch eine vage

58 Ciudadanos, die andere neue Partei, wird mit 14 Prozent und 40 Sitzen zur vierten großen Fraktion. Die Diskrepanz zwischen prozentualem Stimmanteil und Parlamentssitzen ist den Besonderheiten des spanischen Wahlrechts geschuldet.

Idee einiger linker Sozialwissenschaftler aus Madrid war, ist kaum zwei Jahre später zur politischen Realität verfestigt.

Die diskursiven Grundzüge dieses gegenhegemonialen Projektes haben die vorhergehenden Seiten rekonstruiert. In diesem Schritt gilt es, die Eckpunkte der Diskursanalyse festzuhalten und ein konzises Gesamtbild der populistischen Artikulation zu erstellen, die Podemos 2014 und 2015 vollzieht. Strenggenommen beginnt die Podemos-Geschichte mit einer *reartikulierenden Artikulation*. Iglesias und seine Mitstreiter wollen den Empörungsdiskurs, der sich ab 2011 in Spanien verbreitet, und den meine Studie als ein facettenreiches Diskursgefüge beschreibt, zu einem gegenhegemonialen *politischen Projekt* verdichten. Es sei erinnert an das Bild des Wellenreiters zu Beginn des Kapitels. Die Hypothese, mit der Podemos startet, dreht sich um eine zentrale Herausforderung: Lässt sich der populistische Konflikt zwischen »unten und oben«, den die Indignados ab 2011 zivilgesellschaftlich artikulierten, auf der Ebene des politischen Systems in ein mehrheitsfähiges Projekt transformieren? Podemos möchte, mit Claude Lefort (1990: 294) gesagt, die Teilung der Gesellschaft auf die politische Bühne tragen, den von den Indignados forcierten Abstand zwischen »der Gesellschaft« und »der Politik« als einen explizit politischen Konflikt definieren. Dabei geht es dem Podemos-Projekt nicht schlicht darum, die Empörung politisch zu repräsentieren, sondern darum, aus ihr eine neuartige Regierungsoption zu machen. In Worten Errejóns (2015b: 51) wird auf »die Konstruktion einer neuen Institutionalität« gezielt, welche die »von unten« gegen die »von oben« ermächtigt – und hiermit die Spaltung der Gesellschaft durch ihre Neueinrichtung überwindet.

Podemos zeichnet, wie immer wieder hervorstach, gerade in der hier beobachteten Anfangsphase der Partei (2014 und 2015) eine Strategie aus, die sich quasi lehrbuchartig an der Populismustheorie Ernesto Laclaus orientiert. Die hermeneutische Aneignung von Laclau, aber auch Mouffe schlägt sich besonders in einem expansiven Politikverständnis nieder, dessen zentrale Konfliktlinie sich ein Stück weit – aber weniger, als sie vorgibt (s.u.) – quer zu tradierten Identitäten und Debatten stellt. Der von Podemos bediente *Unten-oben-Konflikt* tritt als fundamentaloppositionelle Anfechtung des Status quo an. An Laclau/Mouffe geschult, entwickeln die Podemos-Politiker eine diskursive Strategie, um die herum sich neue Identitäten und eine neue soziale Wirklichkeit bilden sollen. Die populistische Artikulationsform »Volk gegen Eliten« kann 2014 und 2015 in Spanien viele Menschen anrufen. Die Studentin ohne Zukunftsperspektive genauso wie der Langzeitarbeitslose, der migrantische Leiharbeiter genauso wie die durch Sparmaßnahmen dauergestresste Ärztin – sie alle können sich im populistischen Konflikt wiederfinden und ihre meist unmittelbaren Leidens-, Missachtungs- und Unrechtserfahrungen in der Äquivalenzkette des Podemos-Diskurses politisch resignifizieren.

Gerade vom späten Laclau übernimmt Podemos nicht nur ein konstruktivistisches, sondern zudem ein *formalistisches* Politikverständnis (siehe: Kap. VI.1). Eine populistische Artikulation kann dann die soziale Ordnung umgestalten, wenn sie *einer* ganz bestimmten Artikulationslogik folgt, räsoniert die neue Partei. Einen potentiell »siegenden Populismus« zeichnet, wie Parteistrategie Errejón gern betont, zuvorderst seine Fähigkeit aus, den politischen Raum in zwei ungleiche Teile zu spalten. Der Podemos-Diskurs artikuliert die spanische Gesellschaft als eine polar zerrissene: hier stehen die vielen Benachteiligten, dort die wenigen Privilegierten. Eine solch radikal ver-

einfachende Gesellschaftsbeschreibung übergeht – zunächst – die gesellschaftliche Differenzierung, sie lässt horizontale Unterscheidungen, etwa in verschiedene Teilsystemen, Milieus oder Kultursphären, hinter der vertikalen Differenzierung von »unten gegen oben« verschwinden. Die vertikale Spaltung unten/oben erfährt im Podemos-Diskurs eine dreifache, *moralische*, *affektive* und *demokratische* Aufladung. Diese dreifache Aufladung wird im hiesigen populistischen Projekt spiegelbildlich codiert, einmal positiv für die protagonistische Innenseite des Diskurses, ein andermal negativ für seine antagonistisch Außenseite.

Dies gilt an erster Stelle für die moralische Dimension der Spaltung von »unten gegen oben«. Wie Iglesias' Reden zeigten, erscheinen »das Volk« (*el pueblo*), »die Bürgerschaft« (*la ciudadanía*) oder »die Leute« (*la gente*) als tugendhafte Kollektivsubjekte. Die normalen Leute »arbeiten hart«, »stehen früh auf« oder, so Errejón rückblendend, »gaben alles, um uns ein Land zu überlassen, in dem niemand frieren muss« (Kap. V.3.c). Die Podemos-Politiker halten basale Werte wie Fleiß, Anstrengung oder Verantwortungsbewusstsein hoch. Es sind dies positiv mit *Tugendhaftigkeit* konnotierte, aber ideologisch unbestimmte Werte, die ein linker wie auch ein rechter Diskurs verfechten könnte. Sogar dort, wo Iglesias den Protest gegen Austerität, die Besetzung von Plätzen oder die Verhinderung von Zwangsräumungen hervorhebt, tut er dies nicht, um Aktivismus per se zu loben, sondern um den Kampf von »vorbildlichen Bürgern«, die eine gerechte und demokratische Ordnung fordern, zu verteidigen (Kap. V.3.c). Der normativen Aufwertung auf der diskursiven Innenseite steht die normative Abwertung auf der antagonistischen Außenseite gegenüber. Die »von oben« werden verunglimpft, sie erscheinen als »korrumpiert«, »raffgierig«, »egoistisch« oder »abgehoben« – sie leben in einer so abgeschotteten wie selbstreferentiellen Sphäre. Besonders der Signifikant »Kaste« markiert unumwunden, dass die Position der »Privilegierten« inkompatibel mit dem demokratischen Gleichheitsprinzip und insofern illegitim ist. Sein vor- und antidemokratischer Bedeutungsgehalt meint nicht nur, dass kein Gerechtigkeitsprinzip rechtfertigen kann, wie eine Minderheit über eine Mehrheit herrschen und sich an dieser bereichern kann. Als leerer Signifikant des antagonistischen Anderen zielt der Begriff der Kaste auf eine Skandalisierung des politischen Systems, das vor der Krise als eine gelungene, praktisch unangefochtene Ordnung Geltung beanspruchen konnte.

Dies führt zum zweiten zentralen Aspekt, der affektiven Aufladung des populistischen Konflikts (dazu Laclau 2005: 110–117). Die Delegitimierung der »von oben« fällt rabiat aus. Drei Signifikanten markieren vor allem das antagonistische Sie: »die Kaste«, »die Privilegierten« und »das Regime von 78«. Jeder dieser Signifikanten zeigt auf seine Weise auf, gegen was sich das protagonistische »Wir« wendet, nämlich gegen eine nicht nur asymmetrische, sondern auch ungerecht, illegitim, obsolet und undemokratisch scheinende Ordnung. Wird einerseits das antagonistische Sie als Quell allen Übels artikuliert, so trifft Gegenteiliges für die protagonistische Innenseite zu. Hier artikuliert Podemos einen *fürsorgenden*, *solidarischen* Diskurs. Die Armutserfahrungen der »normalen Leute«, ihre alltäglich erlebte Prekarität, Angst oder Entmachtung hallen im Podemos-Diskurs wider. Die populistische Artikulation greift – hier zeigen sich bereits die Grenzen einer rein formalistischen Analyse – die Krisenerfahrungen auf, die in Spanien Millionen Menschen machen. Das Leiden der menschlichen Körper findet im Diskurs Resonanz. Das heißt: Der populistische Diskurs bringt einen Alltag des Leidens und der

Verarmung zum Ausdruck, der Millionen Spanierinnen prägt. Damit werden oft stumme Leidenserfahrungen sag- und benennbar, sie werden gleichsam diskursiv gewürdigt. Das in großen Gesellschaftsteilen stumme Leiden wird von einem politischen Diskurs repräsentiert, und zwar als eine ungerechte und prinzipiell umkehrbare Erfahrung. Insofern wird das Leiden im Podemos-Diskurs mit einem *Ermächtigungsversprechen* versehen. Ihr, die Leidenden, könntet Macht haben, über eure Lebensverhältnisse selbst bestimmen – mit diesem Versprechen möchte Podemos auf einer eher medial-diskursiven Ebene erreichen, was Kollektiven wie der PAH auf einer vornehmlich praxeologischen Ebene gelingt.

Drittens lädt Podemos die populistische Spaltung demokratisch auf, aber anders, als es die Indignados taten. Wo diese ihren Schwerpunkt auf die direktdemokratische Präfiguration legten, also in den Praktiken ihrer Versammlungen erst auf den Plätzen und dann in den Quartieren die Umriss der angestrebten Demokratisierten Spaniens erblickten, legt der Podemos-Diskurs seinen Fokus auf die *Besetzung* der repräsentativen Institutionen, um von dort aus die politische Ordnung zu demokratisieren. »Das Volk«, das Podemos artikuliert, erscheint als der demokratische Souverän, der sich von seiner Unterwerfung befreit und Demokratie sowie soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen trachtet. Doch dieser Souverän scheint anders als bei den Empörten nicht direkt zu sprechen, sich nicht als Versammlung der Körper auf dem Platz zu artikulieren, sondern scheint *indirekt* durch ein Medium artikuliert, namentlich die Führungsriege von Podemos, allen voran Pablo Iglesias. Der junge Politologe wird im Podemos-Diskurs selbst zum leeren Signifikanten. In ihm, im Signifikanten »Iglesias« verdichtet sich, mit Laclau (2005: 100) gesagt, die Einheit »des Volkes«. Doch Pablo Iglesias wird nicht nur als Name zum Schlüsselsignifikanten des neuen, Souveränität verlangenden Volkes, sondern auch als *Körper*. Iglesias, der prekäre Akademiker, der Mittdreißiger mit einfachem Hemd und Pferdeschwanz, er ist in seinem ganzen Erscheinungsbild ein spanischer Jedermann, das Symbol für den sozialen Abstieg einer jungen Generation in einem südeuropäischen Staat, die anders als ihre Vorgängergeneration nicht mehr Mittelschicht sein kann und nun etwas Neues werden muss. Da er selbst ein Krisenverlierer ist, kann Iglesias zur Identifikationsfläche der Krisenverlierer werden und versinnbildlichen: Er und »wir«, die Underdogs, könnten die von oben entmachten.

»Das Volk« wird durch den Signifikanten Iglesias zum Souverän aufgeladen. Für den linkspopulistischen Konflikt gilt freilich ebenso: Das demokratische Versprechen ist auch das Versprechen auf eine *alternative Ordnung*. Der Podemos-Diskurs artikuliert die Souveränität als einen anderen, demokratischeren Zustand. Dieser ist, und das unterscheidet die Partei wieder weitgehend von den Indignados, kein radikaler, sondern ein nur partieller Gegenentwurf. Anders als dies anhand des Protests auf der Plaça Catalunya im Mai und Juni 2011 rekonstruiert wurde, bewegt sich die Alternative von Podemos innerhalb eines liberaldemokratischen Rahmens. Seine Grenzen werden allerdings ausgereizt. Mit Mouffe gesagt (2018: 79) wird versucht, die »Prinzipien Freiheit und Gleichheit auf ein breites Spektrum gesellschaftlicher Beziehungen« auszudehnen. Mehr noch, Podemos legt den Fokus auf das *egalitäre* Moment der liberalen Demokratie, auf ihren politischen wie materiellen Gleichheitsanspruch. Dies zeigt Kapitel V.3.d, »Ereignis 4: Ein Land vor der Wahl«, besonders deutlich. Podemos peilt tiefgreifende Reformen der Verfassung an, um sowohl mehr politische Teilhabe als auch einen stär-

keren Sozialstaat zu verwirklichen. Einerseits reartikuliert die Partei offensiv das in Katalonien geforderte »Recht auf Selbstbestimmung«, um daraus mehr direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten der Bürgerinnen abzuleiten. Andererseits peilt die Partei eine wirtschaftspolitische Kehrtwende an. Eine keynesianische Ausgaben- und Einnahmenpolitik eines aktiven Wohlfahrtsstaates soll die Armut und das materielle Leiden der Bevölkerungsmehrheit lindern und Spanien erneut an (das wohlhabende) Europa heranführen, so der Podemos-Diskurs.

Der Staat ist auf der protagonistischen Innenseite Symbol der Demokratie, auf der antagonistischen Außenseite aber Symbol der Oligarchie. Bei dieser Gegenüberstellung spielt die Ebene der *Zeit* eine Schlüsselrolle. Der demokratische, sozialstaatlich engagierte Staat ist eine regenerierte Institution, er ist nicht mehr das veraltete »Regime von 78« (das Jahr der spanischen Verfassungsgebung), das eher auf die Franco-Diktatur verweist denn auf eine moderne Demokratie. Durch diesen Abstand zwischen den Signifikanten »Regime« und »Demokratie« avanciert das faktisch sozialdemokratische Reformprogramm von Podemos zu einer grundsätzlichen Erneuerung, die nicht den Antagonismus Reform/Nicht-Reform kontrastiert, sondern den weit stärkeren Demokratie/Oligarchie, also konträre Staatsmodelle gegeneinander ausspielt.

Solche grundsätzlichen Gegenüberstellungen charakterisieren die populistische Spaltung zwischen »unten gegen oben« in ihrer dreifachen moralischen, affektiven und demokratischen Aufladung. Im populistischen Konflikt, um den sich der Podemos-Diskurs maßgeblich dreht, kommt es auf die *Intensität* der drei Gegensatzpaare an. Die Frage, welche konkreten Signifikanten die Pole »unten« und »oben« benennen, ist hingegen weniger wichtig, als es ein derart nah an Laclau/Mouffe operierendes Projekt nahelegen könnte.

Für Podemos gilt: Die Signifikanten sind wichtig, aber kein Signifikant ist zentral. Das beginnt bei denen »von unten«, beim als Souverän artikulierten Kollektivsubjekt des gegenhegemonialen Projekts. *El pueblo*, spanisch für »das Volk«, ist der Signifikant, der, so Errejón, bei Podemos »in Momenten besonderer politischer Emotionalität, aber nicht alltäglich« gebraucht wird (Errejón/Mouffe 2015: 125). *El pueblo!* – so empathisch und explizit erschien dieser Signifikant eher selten in der Analyse. Wenn er aber so genannt wurde, dann um zum einen den oft ekstatischen Aufruf zur Einheit verschiedener sozialer Gruppen zu markieren und um zum anderen den grundsätzlichen Anspruch auf Souveränität der zum *popular subject* vereinten Gruppen zentral zu machen. Diesem Volk können, so der Podemos-Diskurs, keine noch so mächtigen Eliten Einhalt gebieten. Obwohl *el pueblo* eine deutlich emanzipatorischere Begriffsgeschichte besitzt als der deutsche Signifikant »Volk«, läuft auch der spanische Volksbegriff – vor allem durch seine Besetzung im Franquismus – Gefahr, dass dort neben dem *Demos* Reminiszenzen an ein *Ethnos* mitschwingen könnten. Gerade an diesem hochsensiblen Punkt, an dem sich der Links- und der Rechtspopulismus diametral gegenüberstehen (siehe: Kap. VII.2.b), muss der Podemos-Diskurs klarstellen, dass er eine offene, radikaldemokratische Gemeinschaft und explizit kein ethnisch geschlossenes, antipluralistisches Kollektiv artikuliert.

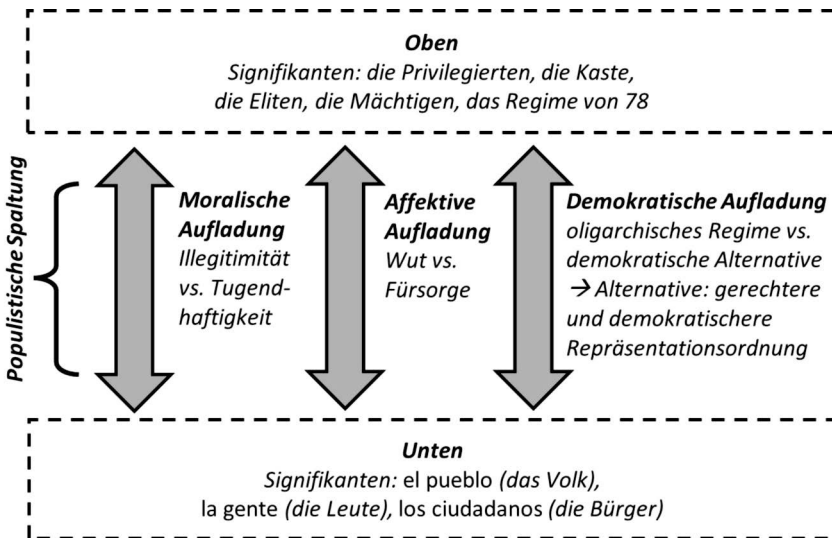
Und so artikuliert sich bei Podemos ein Volkssubjekt, das eher selten als solches, als *pueblo*, benannt wird. Die Reden Iglesias' und Errejóns verdeutlichten, wie meist die zwei weniger emphatischen, dafür aber weit stärker in eine liberal-demokratische Kultur ein-

gelassenen Signifikanten *la gente* (die Leute) oder *ciudadanos* (Bürger) gebraucht werden. *Ciudadanos* oder *ciudadanía* (Bürgerschaft) wird dabei eher verwendet, um die Souveränität des artikulierten Kollektivs, und zwar jedes und jeder Einzelnen zu betonen. Wo im Podemos-Diskurs von »Bürgern« die Rede ist, wird in der Regel deren politische Eigenmächtigkeit betont. So etwa, als Iglesias im EU-Parlament explizierte, das beste Erbe Europas sei »der Wille seiner Bürger, niemandem Untertan zu sein« (Kap. V.3.b). Diese politische Agency fehlt dem Signifikanten *la gente*. Er symbolisiert im Diskurs die harte Alltagspraxis der Durchschnittsmenschen, er bleibt das Zeichen für eine tendenziell passiv bleibende Krisenbetroffenheit und Prekarität, die von einem von außen kommenden Akteur gemildert werden will.

El pueblo (das Volk), *los ciudadanos* (die Bürger), *la gente* (die Leute) – diese drei Signifikanten benennen in ihren jeweiligen Nuancierungen das unterdrückte, »unten« stehende Volkssubjekt des Podemos-Diskurses. Auf der antagonistischen Außenseite, bei denen »von oben«, sind die Signifikanten nicht minder breit gestreut. »Regime von 78«, »Oligarchie«, »Privilegierten«, »Kaste«, »Eliten« oder »die Mächtigen« sind die gebräuchlichsten Kategorien, mit denen das gegenhegemoniale Projekt hantiert. Diese Signifikanten vereint, dass sie alle das illegitime Herrschaftsverhältnis einer kleinen Minderheit gegenüber einer großen Mehrheit problematisieren. Diese Herrschaft zeichnet aus, dass sie nicht auf eine bestimmte Sphäre beschränkt bleibt, sondern querschnittartig in Politik, Ökonomie, Zivilgesellschaft, sogar in die Kultur hineinreicht. Konzepte wie »Oligarchie« oder »Kaste« benennen gesellschaftsübergreifende Asymmetrien, die sich nicht relativieren lassen, sondern überwunden werden müssen.

Es bleibt festzuhalten: Bei der populistischen Spaltung, die der Podemos-Diskurs forciert, ist die *Intensität* des Antagonismus von »unten gegen oben« entscheidend. Im Zuge der dreifachen moralischen, affektiven und demokratischen Aufladung des Konflikts und der Signifikanten, die auf der Innen- wie auf der Außenseite des Diskurses stehen, entfaltet sich das Podemos-Projekt als populistische Artikulation, als Anfechtung einer sozialen Ordnung und Anspruch auf Instituierung einer neuen Ordnung. Das Schaubild (Abb. 25) hält das Ausgeführte fest:

Abb. 25: Die populistische Spaltung zwischen unten und oben im Podemos-Diskurs (2014–2016)



Die Merkmale der populistischen Spaltung erlauben es, den Podemos-Diskurs als ein *linkspopulistisches Projekt* zu kennzeichnen. Zunächst fällt auf, wie dort eine Kollektivität artikuliert wird. Das »Wir«, das sich mit dem Podemos-Diskurs artikuliert, ist breit gehalten, es kommt ohne ethnisch-kulturelle Essentialisierungen aus, sondern erweist sich als eine offene politische Gemeinschaft. Dies hängt maßgeblich mit der »dyadischen Struktur« des gegenhegemonialen Projekts zusammen (Jörke/Selk 2017: 43). Die primär gegen oben gerichtete Konfliktlinie, wie sie sich mit Podemos artikuliert, besitzt keine »fremdenfeindliche[n] Motive«, sie vollstreckt keine Grenzziehung nach außen gegen die »Fremden« oder »den Islam« (ebd.). Im Gegenteil wird deutlich, dass im Podemos-Diskurs die Migranten oder Fremden in der Innenseite des Diskurses symbolisiert werden, so etwa, als Iglesias beim »Marsch des Wandels« die »migrantischen Arbeiter« würdigt und sie als wichtigen Teil der spanischen Gesellschaft konturiert. Auch in anderen Stellen, prominent im Wahlprogramm von 2015, artikuliert Podemos emphatische Forderungen wie ein Recht auf Gesundheitsversorgung auch ohne regulären Aufenthaltsstatus, ein wirksames Recht auf Asyl oder die Schließung der spanischen Abschiebezentren.⁵⁹ Die Migranten avancieren zum unmissverständlichen Teil einer offenen und heterogenen Wir-Identität, die prinzipiell verschiedenste Bevölkerungsgruppen umfasst.

Den Podemos-Diskurs zeichnen lange Äquivalenzketten aus, die gleichsam Querschnittscharakter besitzen. Sie reichen vom Arbeitslosen und der Emigrantin über

59 So dreht sich das Kapitel »Internationale Demokratie« (208–232) vornehmlich nicht um Spaniens Außenpolitik, sondern um die Gewährung von Asylrechten und die Zuerkennung von Aufenthalts- und damit Arbeitsrechten für (reguläre und irreguläre) Migrantinnen in Spanien auf der einen Seite und die Rückholung von spanischen Arbeitsemigranten aus dem Ausland auf der anderen (vgl. Podemos 2015a).

zwangsgeräumte Familien und prekäre Arbeitskräfte hin zu Aktivistinnen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Dieses »Wir« ist nicht nur politisch aufgeladen (Signifikant: *los ciudadanos*/die Bürger), es gründet ebenfalls auf unpolitischen Wertmaßstäben (Signifikant: *la gente*/die Leute). Doch gemein ist allen Gruppen, die der Podemos-Diskurs repräsentiert, die *Leidenserfahrung*. Ähnlich wie die PAH und die Empörtenversammlungen versucht das linkspopulistische Projekt, das oft individualisierte und stumme Leiden zu politisieren, es als ein kollektives, allseits sichtbares Phänomen im krisengerüttelten Spanien zu artikulieren. Und ähnlich wie bei der PAH und den Indignados geht es bei Podemos nicht um die bloße Sichtbarmachung der sozialen Folgen der Wirtschaftskrise, sondern um politische Verantwortungszuweisung. Krisenverliererin zu sein, heißt nicht, das Pech gehabt zu haben, von einer (globalen) Krise des Kapitalismus besonders hart betroffen zu sein, geschweige denn durch ein selbstverantwortetes Leistungsversagen die Schuld an der eigenen Misere zu tragen. Es heißt, zur Krisenverliererin *gemacht* zu werden, während andere an der Krise verdienen – so die antagonistische Wendung, die der spanische Linkspopulismus den Leidenserfahrungen gibt, um aus ihnen eine Anti-Establishment-Partei zu schmieden.

Was sich abzeichnet, ist, mit Errejón (2016) gesprochen, die Artikulation eines »weichen Wir« gegen ein »hartes Sie«. Während die Wir-Identität »dünn und stets gegenüber einer heterogenen Zusammensetzung offenbleibt«, ist die Sie-Identität eine »kleine, privilegierte Minderheit, die sich über das Gesetz stellt« (ebd.). Die Definition der Pole unten/oben bestimmt sich relational. Die Identität von »uns« und »ihnen« entsteht im Konflikt. Das »weiche Wir«, von dem Errejón spricht, ist ein *Demos*, eine durchweg politische Gemeinschaft, die sich als Souverän begreift und als solchen gegen einen unterdrückenden Antagonisten wendet. Dieses *Demos* gewinnt seine Identität dadurch, dass es sich von einem Antagonisten abgrenzt, der es verletzt, der das gelungene Leben der »normalen Leute« verunmöglicht. So zentral diese antagonistische Identitätsstiftung auch ist, ihre performative Wirkung baut auch auf geteilten Erfahrungen auf, die diskursiv repräsentiert werden, doch mehr als bloße Zeichenordnungen sind. Die Leidens- und Verletzungserfahrungen, die die heterogene Wir-Identität durchziehen, schaffen latente Gemeinsamkeiten. Letztere werden erst *nachträglich* vom Podemos-Diskurs politisch reaktiviert. Anders gesagt: Die Krisenerfahrungen schaffen eine potentielle Kollektivität der Art, wie sie Maihofer und Iris M. Young beschreiben (Kap. VI.3). Diese potentielle, durch eine gemeinsame Verletzlichkeit geprägte Kollektivität kann politisch artikuliert werden. Ob diese latente Kollektivität tatsächlich artikuliert wird und welche politische Form diese Artikulation annimmt, steht aber prinzipiell offen. Dass ein linkspopulistisches Projekt das Krisenleiden aufgreift, um eine neue Gemeinschaftsstiftung zu tätigen, ist ein kontingentes, jedoch historisch situierendes, in Teilen durch historische Sedimente vorgeformtes Artikulationsgeschehen.

Die linkspopulistische Ausrufung eines neuen Volkssubjekts sieht sich flankiert durch eine Darstellung des Antagonisten, die zwischen *Essentialisierung* und *Politisierung* schwankt. Einerseits erscheint die Feindfigur als ein konkretes Herrscherkollektiv – »die Kaste«, »die Privilegierten«, »die korrupten Eliten« –, dem pejorativ konnotierte Eigenschaften aneignen (Egoismus, Korrumpierbarkeit, Raffgier usw.). Wie sich dieses Kollektiv durchsetzen und seine privilegierte Position erobern konnte, entzieht sich in dieser Darstellung der Erklärbarkeit. Wie diese Eliten zur Herrschaft kommen konnten,

bleibt bei Iglesias und Co. offen. Zentral ist, das unterdrückte, aber tugendhafte Volk gegenüber einer depravierten Elite in Stellung zu bringen. Eine Elite wohlgermerkt, deren Fühler zwar in die Politik hineinreichen, deren undurchsichtiges Zentrum aber in der Sphäre des dubiosen Finanzmarktes liegt.⁶⁰ So folgt besonders der frühe Podemos-Diskurs einem Narrativ, das immer wieder eine »verschwörungstheoretische Denunziation der Machenschaften der Eliten« anstrengt (Priester zit. in Diehl 2011: 282).

Demgegenüber zeichnet sich bereits 2014, aber stärker noch 2015, im Zuge der Institutionalisierung der jungen Partei eine strukturelle und entpersonalisierte Deutung des Antagonisten ab. Dies äußert sich besonders in Gestalt des Signifikanten »das Regime von 78«. Der ungerechte Ist-Zustand wird nun als historisches Produkt eines politischen Projektes gelesen, dessen Wurzeln in der angeblich nur partiellen Transition von der Diktatur zur Demokratie liegen. Die »Norm von 78«, wie Podemos die 1978 verabschiedete und gegenwärtig geltende Verfassung bezeichnet, erscheint als Symbol einer unvollkommenen Demokratie, die der spanischen Bevölkerung weder eine volle Teilhabe noch angemessene soziale Rechte gibt. Anders als in der essentialistischen Leseart kann bei dieser *politischen* Deutung des Antagonisten der anvisierte Wandel *nicht* dabei verharren, die korrupten Eliten abzusetzen und die Tugendhaftigkeit der eigenen Führungsfiguren zu proklamieren. Vielmehr müssen tiefgreifende Veränderungen quer durch alle Sphären der Gesellschaft angepeilt werden. Das analysierte Wahlprogramm von Podemos vor der Parlamentswahl von 2015 zeigt, dass diese strukturelle Leseart des Antagonisten bedingt, dass der spanische Linkspopulismus sein normatives Profil verändert. Podemos verliert seine Aura als externer Heilsbringer und wird zu einem *Reformprojekt*, das nicht (mehr) einen totalen Umbruch samt moralisch-personeller Erneuerung verspricht, sondern zwar tiefgreifende, aber graduelle institutionelle Veränderungen anpeilt. Sie schlagen sich Ende 2015 im Vorhaben einer extensiven Verfassungsreform nieder.⁶¹

Das linkspopulistische Projekt als Teil neuer und alter Gegenhegemonien Die Rede von einer populistischen Spaltung, die vom Podemos-Diskurs bedient wird, könnte den Eindruck erwecken, als entstehe die Konfliktlinie von »unten gegen oben« nur und ausschließlich durch Podemos. Dies trifft nicht zu. Mit der Geburt der Partei Anfang 2014 beginnt eine *Reartikulation*. Der eigentliche populare Bruch aber geschieht zuvor. Als im Frühling, Sommer und Herbst 2011 zwischen zwei und drei Millionen Spanierinnen auf die Straße gehen, auf den Plätzen ihre Zeltlager und Versammlungen abhalten und Slogans wie »Echte Demokratie!«, »Sie repräsentieren uns nicht!« oder »Es ist keine Frage von links gegen rechts, sondern von unten gegen oben« rufen, geschieht die große Infragestellung

60 Einem linkspopulistischen Projekt wie Podemos allerdings einen latenten Antisemitismus vorzuwerfen, wie es etwa Raul Zelik (2015: 140f.) oder vor allem Ingo Elbe (2020: 196) tun, ist jedoch insofern verfehlt, als Podemos seine antagonistischen Feindfiguren immer wieder entessentialisiert, sie als *politische* Grenzziehungen markiert.

61 Es gehört zu den Volten von Podemos, dass die Partei in späteren Jahren, ab 2019, zur vehementen Verfechterin der geltenden Verfassung von 1978 avancierte. Bereits der geltende Rechtsrahmen könne, so Iglesias, viele der Ausbeutungs- und Ungerechtigkeitsverhältnisse in Spanien mildern: »Das Recht kann ein Verteidigungsinstrument sein. Das Recht ist das beste Instrument für diejenigen, die nichts haben.« (Iglesias zit. in Costantini 2019)

der sozialen Ordnung, die Podemos erst möglich macht. Zwar ist der Empörungsdiskurs, wie in Kapitel III analysiert, vielstimmig. Die Diskursstränge der neuen Gegenhegemonie verlaufen verzweigt, sie nehmen direktdemokratische, reformorientierte und aktionistische Formen an. Diese Diskursstränge sedimentieren in den Folgejahren. Sowohl direktdemokratische als auch eher reformorientierte Diskursstränge wurden von den Versammlungen zitiert, die Kapitel IV ethnographisch betrachtet werden.

Doch all diese Diskursstränge konvergieren in einem so umfassenden wie intensiven Bruch vis-à-vis dem Ist-Zustand. Dieser Bruch sedimentiert. Wie die vorhergehenden Kapitel zeigen, ist den analysierten und beobachteten Versammlungen trotz disparater Diskurshorizonte eines gemein: Sie deuten sich als Teilglieder einer diffusen Gegenhegemonie, sie teilen einen Commonsense, den trotz aller Vielstimmigkeit ein Axiom auszeichnet: Wir stehen »unten«, aber helfen können wir uns selbst, wenn wir uns gegen die »von oben« zusammmentun. Dieses Axiom äußert sich in den Kollektiven nicht als ein stets kohärent und homogen artikulierter Diskurs, sondern eher in einer Vielzahl von sprachlichen wie verkörperten Praktiken. Diese Praktiken finden in Versammlungen ihren Dreh- und Angelpunkt. In diesen Versammlungen werden die erlittenen Verletzungserfahrungen in kollektive *Ermächtigungspraktiken* überführt.

Wie die Starthypothese von Iglesias und Co. zeigte, setzt der Podemos-Diskurs bei dieser Gegenhegemonie an und reaktiviert sie. Aus dem verbreiteten, aber gleichzeitig erschöpften Empörungsdiskurs entsteht ein gegenhegemoniales Projekt, das in die Sphäre der politischen Repräsentation eindringen will, um dort die Mehrheitsverhältnisse zu verschieben und in letzter Instanz an die Regierungsmacht zu kommen. Anti-Establishment-Ressentiments, vorgängige Protestpraktiken und verbreitete Leidenserfahrungen werden dafür in einem homogenisierenden populistischen Diskurs artikuliert. Mit seiner gewagten Hypothese eignet sich Podemos die Populismustheorie Laclaus an, um einen reflexiven Populismus zu lancieren, der handbuchartig nach Laclau – und geschult am lateinamerikanischen Linkspopulismus –, die Gesellschaft in zwei ungleiche Teile (herrschende Eliten gegen unterdrücktes Volk) spaltet.

Doch so einzigartig das gegenhegemoniale Projekt scheint, das 2014 mit Podemos geboren wird, es artikuliert sich *innerhalb* einer Gegenhegemonie, die sich als eine sedimentierende Kultur explizit wie implizit über das populistische Projekt legt. Trotz aller hegemonietheoretischen Reflexivität bleibt der Podemos-Diskurs eine *unreine* Artikulationspraxis. Sie wird geprägt von historisch verfestigten Elementen. Beispielhaft dafür ist, wie bei der *Marcha del Cambio*, die Podemos Anfang 2015 organisierte, Flaggen der Zweiten Republik geschwenkt werden oder seitens der Teilnehmerinnen Podemos als eine zweite Chance betrachtet wird, um die in den 1970er Jahren »unvollendet« gebliebene Transition zur Demokratie zu vollenden. Obwohl der frühe Podemos-Diskurs diese explizite Einschreibung in die historische spanische Linke vermeiden will, um seinen Querschnittscharakter zu wahren, wird die neue Partei trotzdem, von innen wie außen, als Teil einer linken Tradition identifiziert. Der Podemos-Diskurs artikuliert sich als ein querschnittartiges populistisches Projekt, aber er wird gleichzeitig links codiert.

Diese unreine Artikulation des spanischen Linkspopulismus zeigt sich auch anderer Stelle: Im Ideal der Nation, die Podemos vertritt. Zeitgleich mit dem politischen Zyklus, der von der Empörung zu Podemos weist, wird auch die nationale Konfliktachse, vor allem hinsichtlich der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien virulent. Der Podemos-

Diskurs weicht diesem Konflikt nicht aus, sondern versucht, ihn zu reartikulieren: Was heißt Spanien heute? Ist das Land vielleicht eine Nation der Nationen, in der jeder dieser Nationen das Recht auf Selbstbestimmung zukommt? Podemos agiert hier als ein fürwahr gegenhegemoniales Projekt, es macht sich die auf mehr Autonomie oder sogar Unabhängigkeit pochenden Stimmen der iberischen Peripherie zu eigen, um das Ideal eines anderen Spaniens zu lancieren, das seine nationale Vielfalt offen hochhält. Podemos *übersetzt* den Anspruch, die Stimme der sozial Benachteiligten zu sein, auf die territoriale Ebene, um dort als Stimme der peripheren Nationen zu erscheinen.⁶² In beiden Fällen wird versucht, eine synthetische Partei zu sein, der es gelingt, »Spanien« und »die spanische Nation« neu und anders als zuvor zu symbolisieren.⁶³ Das andere Spanien, das sich im Podemos-Diskurs auftut, zeichnet sich vor allem durch eines aus: ein Mehr an Demokratie. Für den spanischen Linkspopulismus lässt sich die soziale genauso wie die territoriale Frage ausschließlich durch ausgedehnte politische Teilhabemöglichkeiten lösen.

Das linkspopulistische Projekt Podemos bettet sich folglich, reflexiv wie unbewusst, vor allem in die Gegenhegemonie der Empörung ein, es wird aber zudem durch andere periphere Gegenhegemonien geprägt – die der historischen Linken und der peripheren Nationalismen. Die Folgen der Einbettung des Podemos-Diskurses in umfassendere Gegenhegemonien wird an einer Schlüsselstelle eklatant: im Volkssubjekt des neuen Linkspopulismus. Dieses *popular subject* weist eine eigentümliche Dynamik auf, die über Podemos selbst hinaustreibt, Iglesias, Errejón und Co. teils sogar überwältigt. Zugespitzt gesagt, wird das »empörte Volk« nicht nur artikuliert, es artikuliert sich ebenso selbst als neuer Souverän – und bekommt Merkmale, die über die Artikulationspraxis von Podemos hinausweisen. Diese Selbstartikulation geschieht weniger strategisch als vielmehr ereignishaft, und zwar in zwei Arten von Ereignissen.

Zunächst geschieht diese Selbstartikulation im Ereignis der *politischen Repräsentation*. Ein Volk, das regieren will, muss an den Urnen reüssieren. Das trifft für 2014 und 2015 zu. Es sind die Sturm- und Drang-Jahre von Podemos. Das heroische Upside-down-Szenario, das Iglesias und Co. beschwören, die Ambition, dass eine neue Partei, die für die Benachteiligten spricht, an der Urne siegen könnte, scheint zeitweilig, ob im Mai 2014 (Einzug ins EU-Parlament), Januar 2015 (Sieg Syriza in Griechenland, Umfragehoch von Podemos), Mai 2015 (Regional- und Kommunalwahlen) oder im Dezember 2015 (Parlamentswahl), Wirklichkeit werden zu können. Jedes gute Ergebnis für Podemos artikuliert wirksamer als jede geschliffene Rede von Iglesias ein »neues Volk«, das sich als Souverän bestimmt. Die Wahl, auch die Umfrage, ist ein *Moment der Zählung*, mit dem

62 Dieser Anspruch bleibt bei der Parlamentswahl von 2015 erfolgsgekrönt. Podemos, das in den »historischen Nationen« Spaniens im Bündnis mit anderen linken Kräften antritt, wird in Katalonien (24,7 Prozent) und im Baskenland (26 Prozent) zur stärksten Kraft, in Galizien (25 Prozent) und Navarra (23 Prozent) zur zweitstärksten.

63 »Das Vaterland, das sind keine Fahnen, das sind die Leute«, so betonen Iglesias und Errejón gerne. Der Podemos-Diskurs versucht, den Signifikanten *patria* (Vaterland) so zu artikulieren, dass er seine konservativ-franquistische Aufladung verliert und wie in Lateinamerika zum inklusiv-expansiven Gemeinschaftsbegriff aufsteigt (vgl. Redondo 2016). Allerdings misslingt diese Umbesetzung weitgehend. Die linkspopulistische Reartikulation bleibt zu schwach, die sedimentierten konservativen Gehalte der *patria* zu stark (vgl. Fernández 2018: 9).

sich das Volk des Podemos-Diskurses objektiviert, vom diskursiven Konstrukt zur politischen Tatsache aufsteigt. Dass sich dieses Volk in seinen Zählungen schrittweise verfestigt, hängt nicht nur damit zusammen, dass die Partei strategisch versiert ein offenes Gelegenheitsfenster nutzt, sondern dass Podemos mit jedem Wahlgang selbst zum Gelegenheitsfenster für die Empörung wird. Der Wahlzettel »Podemos« ist in jeder Wahl des Zyklus 2014–2015 eine Allegorie für »Empörung«, er bietet allen Staatsbürgerinnen, die mit den Verhältnissen unzufrieden sind, die Chance, diese Unzufriedenheit politisch kundzutun.

Anders als die regelmäßige Teilnahme an einer Versammlung bleibt die Praxis des Wählens niedrigschwellig. Sie kündigt die Loyalität gegenüber der alten Ordnung auf, setzt aber keine starke Loyalität gegenüber der neuen linkspopulistischen Partei voraus. Die Leistung von Podemos besteht darin, den popularen Bruch der Indignados als *repräsentativen Bruch* zu artikulieren. Die Partei rund um Iglesias führt als erste den Signifikanten Empörung in das politische System ein. Podemos erweist sich für die Empörung als ein Türöffner, der die politische Gelegenheitsstruktur dauerhaft verändert. Doch nachdem die Empörung einmal an der Urne – und in den Umfragen – artikuliert wurde, löst sie sich partiell von Podemos, sie wird zu einem flottierenden Signifikanten, den auch andere Kräfte aufgreifen können. Podemos erweist sich, so lässt sich pointieren, für die Empörung als Türöffner, doch *nicht* als *Gatekeeper*. Noch innerhalb des Wahlzyklus von 2015 – auf den sich die hiesige Studie konzentriert – entstehen erfolgreich zwei andere politische Projekte, die der von Podemos geöffneten Spur folgen und an der Urne ähnlich wirksam sind, doch ganz anders als Podemos, die Empörung symbolisieren.

Die neue Partei Ciudadanos, die der jugendhafte Jurist Albert Rivera anführt, steigt rasch zur Antithese des Linkspopulismus auf.⁶⁴ Wie Podemos artikuliert auch Ciudadanos ein neuartiges Volkssubjekt. Doch das Projekt rund um Rivera stellt nicht ein souveränes, selbstermächtigtes *popular subject* ins Zentrum, sondern vielmehr das einer unpolitischen, allerdings arbeitsamen und gut gemanagten »Bevölkerung«. Auch Ciudadanos kritisiert vehement die Korruption der tradierten Parteien, doch gegenteilig zu Podemos geschieht dies aus einem wirtschaftsliberalen Horizont heraus. Die Partei von Rivera stilisiert sich als Modernisierungskraft, die Spanien regeneriert und von der politischen Mitte ausgehend in Spanien eine »zweite Transition« anführen könnte (dazu: Kap. VII.2.c). Zugleich wendet sich Ciudadanos gegen die Idee eines plurinationalen Spaniens von Podemos und wirbt für ein offen nationalistisches Projekt, das das Unabhängigkeitsstreben in Katalonien (und dem Baskenland) dezertifiziert und eine Rezentralisierung des Staates anstrebt (vgl. Rodríguez/Barrío 2015: 11).

Viel näher an Podemos stehen die linken Wählerplattformen, die sich 2014 und 2015 auf kommunaler Ebene bilden – und die bei den Kommunalwahlen von 2015 in vielen Metropolen reüssieren. Die Plattformen sind von Iglesias' Partei inspiriert und eng mit

64 Ciudadanos entsteht 2006, wird jedoch erst ab Ende 2014 zur spanienweit bedeutsamen Kraft. Erst dann beginnt die Partei, ihren antiseparatistischen Diskurs mit der Kritik an der Korruption der etablierten Kräfte zu vernähen und eine Regeneration von Spaniens Politik zu fordern. Sinnbildlich dafür ist, dass der damalige Parteichef Albert Rivera den »Architekten« der Transition zur Demokratie, Adolfo Suárez, zu seinem Vorbild erklärt.

ihr verzahnt, aber *nicht* mit ihr identisch. Anders als Podemos setzt diese Linke den *municipalismo*, also ihre kommunalpolitische Ausrichtung ins Zentrum (vgl. Blanco et al. 2018: 22f.). Die munizipalistische Linke beruft sich auf Konzepte wie »Recht auf Stadt« und die Konstruktion der *Commons* – die Wählerplattform Ada Colaus in Barcelona heißt sinnbildlich *Barcelona en Comú* (Gemeinsames Barcelona) –, um daraus ihren Leitfaden zu machen. Im Zentrum steht die Rekommunalisierung von öffentlichen Gütern wie der Energie, des Wohn- und Stadtraums oder der Verkehrsinfrastruktur.⁶⁵ Parallel wird ein Schwerpunkt auf die demokratische Partizipation gelegt. Sowohl auf Verwaltungsebene (vgl. Serra/Ubasart 2019: 77) als auch intern, wo sich der *municipalismo* als ein poröses, gegenüber den Anstößen der Zivilgesellschaft sehr responsives Projekt gebärdet.⁶⁶ Indem die munizipalistische Linke auch Themen wie Nachhaltigkeit, soziale Innovation und neue Wirtschaftsformen angeht, geriert sie sich deutlich stärker als Podemos als eine modern-kosmopolitische Linke mit global anerkannten Schwerpunkten.

Ciudadanos und die munizipalistische Linke zeigen, dass der populare Bruch, den die Indignados forcierten, auf verschiedene Arten in die repräsentative Politik eindringen kann. Podemos dynamisiert die politische Gelegenheitsstruktur grundsätzlich, doch nicht in der Weise, dass sich eine neue linke Hegemonie bilden würde. Stattdessen entsteht in der institutionellen Politik ein neuartiger *antagonistischer Pluralismus*. Neben Konservativen und Sozialisten werden sich nach 2015 wirtschaftsliberale, linkspopulistische, rechtspopulistische und separatistische Projekte gegenüberstehen und diametral unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe verteidigen.

Diese eigensinnige Artikulation des empörten Subjekts äußert sich nun nicht nur an der Urne, sondern auch *innerhalb* von Podemos. Das souveräne Volkssubjekt, das sich im gegenhegemonialen Projekt artikuliert, ist nicht nur ein virtueller Signifikant, der sich in den Reden Iglesias', Errejóns und Co. erschöpft, und es ist auch nicht nur eine Zahl in der Arithmetik von Wahl oder Umfrage. Darüber hinaus ist das empörte »Volk« eine *sinnliche Masse*. Eindrücklich verdeutlicht dies der Marsch des Wandels Anfang 2015. Damals feiern sich die über 100.000 Anhängerinnen der Partei selbst. Sie bestimmen sich als ein neues Kollektiv, sie artikulieren sich gemeinsam mit ihren Führungsfiguren als *un pueblo nuevo* (ein neues Volk). Was sich in diesem Ereignis vollzog – und, wie der nächste Schritt zeigt, bei Podemos auf kleinerer Skala ständig geschieht – ist eine Artikulationspraxis, die zuvor nur ethnographisch beobachtet wurde. Es geschieht dort eine kollektive Fokussierung, die performativ wirkt, indem sich eine physisch zusammengekommene Menge auf *sich selbst* bezieht. Die Grenzziehung gegenüber einem antagonistischen Außen geschieht auch bei der Fokussierung, konstitutiv für die Entstehung einer neuen Gemeinschaft ist sie aber nicht. Vielmehr ist das physische Zusammenkommen an sich

65 Die beim frühen Podemos eher abstrakt bleibende Vorstellung einer gerechteren Ordnung wird somit in den *ciudades del cambio* in nachhaltigen Veränderungen der urbanen Geographie fassbar. So bei der in Barcelona durchgeführten Einrichtung verkehrsberuhigter Räume, den sogenannten *superilles* (Großinseln), die sich als nichtkommerzielle Begegnungsorte mit einer hohen Interaktionsdichte erweisen (vgl. Speranza 2018: 59).

66 Freilich verdeckt der »freundliche«, bürgernahe und basisdemokratische Diskurs dieser munizipalistischen Linken Organisationsformen, die wie bei Podemos klare Hierarchien ausbilden – mehr dazu in Kap. V.5.

entscheidend. Durch die Begegnung der Körper artikuliert sich sinnlich jenes selbstermächtigte Volkssubjekt, das in vielen anderen Reden von Iglesias und Co. ein virtuelles Zeichen bleibt. In ihrem konkreten Erscheinen gewinnt die heterogene Masse ein Bewusstsein ihrer selbst – und setzt sich als ein souveränes Volk in Szene.

Indem sich die Masse der menschlichen Körper schrittweise als ein neues, zusammenhängendes Kollektiv artikuliert, wird das Volk des Linkspopulismus zum *abwesend-anwesenden Zeichen*. Die Fokussierungspraxis geschieht durch Zeichen (die Reden der Parteiführung), und durch eine sinnliche, mehr als nur symbolische Praxis (die Körper, die Gesten, der gemeinsame Jubel). Derartige Fokussierungsabläufe hängen mit den Artikulationsabläufen, die Laclau/Mouffe beschreiben und die die Podemos-Führung strategisch durchführt, zusammen, sie sind jedoch *nicht* mit ihnen identisch. Die »sinnliche« Artikulation und die »diskursive« Artikulation sind zwei Seiten eines umfassenderen Artikulationsprozesses. Das im Podemos-Diskurs artikuliert *popular subject* ist ein Produkt von Grenzziehungen, der Einrichtung von leeren Signifikanten und Bildung von Äquivalenzketten. Doch nicht nur. *El pueblo* wird in Reden und Texten artikuliert – und artikuliert sich selbst auf Straßen, Plätzen und Versammlungen. Eine solche Selbstartikulation des Volkssubjekts sprengt auf konzeptueller Ebene den Rahmen von Laclau/Mouffe und führt zu einer erweiterten Hegemonietheorie, die in ihrer Analyse die sinnliche Praxis zu würdigen weiß. Und auch auf einer empirischen Ebene wird etwas gesprengt. Das nicht nur von oben herab artikuliert, sondern ebenfalls von unten sich artikulierende Volk macht das linkspopulistische Projekt zu etwas prinzipiell Anderem als von der Parteiführung ersonnen.

5 Populismus als demokratische Praxis

Es gibt noch ein anderes Podemos. Die junge Partei bildet zwar in ihren diskursanalytischen Eckpfeilern ein lehrbuchartiges Beispiel dessen, was Laclau (2005) als Populismus bezeichnet und später Mouffe (2018) als Linkspopulismus verteidigt. Doch was heißt das für die *Rückseite* von Artikulationen, für jene eher mikrologische, *praxeologische* Seite von Artikulationspraktiken (Kap. IV.4)? Das Ensemble der Praktiken, das sich um Podemos herum entfaltet, blieb noch weitgehend im Dunkeln. Wenn Mouffe (2018: 35) schreibt, dass »[e]ine linkspopulistische Strategie [darauf abzielt], die demokratischen Forderungen in einem kollektiven Willen zu bündeln, um ein ›Wir‹ zu konstruieren, ein ›Volk‹, das einem gemeinsamen Gegner die Stirn bietet: der Oligarchie«, dann charakterisiert sie damit in groben Zügen den bislang analysierten Podemos-Diskurs. Zugleich jedoch ist das Phänomen des spanischen Linkspopulismus mehr als nur eine präzise artikulierte Strategie. Podemos ist ab dem Moment, als die Partei im Januar 2014 geboren wird, ein überraschend vielgestaltiges Phänomen.

Dieses Unterkapitel ergänzt und dezentriert die bislang getätigte Analyse, indem es Podemos nicht von oben mit Blick auf seine Führungsriege, sondern von der Basis aus, *von unten*, betrachtet. Die Partei besteht aus mehr als nur einer linkspopulistischen Semantik, sie ist ebenso eine komplexe Massenbewegung. Und im gegenhegemonialen Projekt »Podemos« stehen beide Ebenen, das strategische Projekt und die Massenbewegung, in einem Spannungsverhältnis. Die Strategie versucht, eben das, was sie diskursiv